



WIE - NETT



Neues aus der Nachbarschaft

Jahrgang 3

Ausgabe Nr. 2/2015

Liebe Nachbarinnen, liebe Nachbarn,

mittlerweile ist das Containerdorf für die Flüchtlinge auf dem ehemaligen Park & Ride Platz in Bergedorf-West vollständig bezogen. Eine Ausfahrt hat die eintönige Lebenssituation der Bewohner ein wenig aufgehellt. Über den Ausflug auf den Hof Eggers berichtet unser erster Beitrag. Das Thema Fracking beschäftigt uns noch einmal, wir hoffen ein letztes Mal. Auf Grund eigener, negativer Erfahrungen unseres Redakteurs Jochen Lützow entstand die Idee, ihnen liebe Leserinnen und Leser, Hilfen in nicht alltäglichen Lebensabschnitten zu geben. Wir können ihnen eine Liste sachkundiger Berater zur Verfügung stellen, sprechen sie uns an. Ein Bericht über die erste Zusammenkunft des „Runden Tisches“ schließt sich an. Zum Abschluss stellen wir eine Initiative vor, die unser „Chefredakteur“ bei unserem Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel anregt hat.

Wir wünschen viele neue Erkenntnisse.

Das Redaktionsteam

Uwe Bauer, Jochen Lützow, Reinhard Utesch

Betreuung der Flüchtlinge in der Flüchtlingsunterkunft Bergedorf-West III

Auf Initiative des Vorsitzenden der Bergedorfer Tafel, Klaus Döcke, wurden ca. 40 Flüchtlinge der Wohnunterkunft Friedrich-Frank-Bogen am 25. April eingeladen, mit uns den „Hof Eggers“ zu besuchen. Es war der Tafel wichtig, dass vor allem Familien mit Kindern von dieser Einladung profitieren konnten. Es wurde rechtzeitig durch die Sozialbetreuung in der Unterkunft eingeladen, so dass, nachdem noch einmal alle Familien von „fördern & wohnen“ zur Abfahrt zusammengeholt wurden, gegen 11.00 Uhr der Bus abfahren konnte. Zur Betreuung führen Frau Simonsen und ich mit. Außerdem hatten wir dafür gesorgt, dass einige junge Männer, die bereits gut mit der deutschen Sprache vertraut waren, als Übersetzer zur Verfügung standen. Nach der An-



kunft auf dem Hof wurde allen Familien erst einmal mitgeteilt, dass Essen und Trinken kostenlos sind. Inzwischen

waren Herr Eggers Junior sowie einige Familienangehörige und Helfer der Tafel damit beschäftigt das Grillen vorzubereiten und allen zu zeigen wo sie die Getränke bekommen. Auch wenn es zeitweise regnete, tat das der Stimmung keinen Abbruch. Es wurde sich fleißig unterhalten – soweit möglich auch auf deutsch – und es wurde ständig fotografiert. Neben einer Vertreterin der Bergedorfer Zeitung waren auch eine Fotografin und eine Reporterin vom Bundesverband der „Tafeln“ anwesend. Viele Flüchtlinge sowie Klaus Döcke wurden befragt und auch fotografiert. In der BZ ist bereits der Artikel hierzu erschienen. Der Bundesverband der Tafeln wird ein Heft herausgeben, in dem dieser Ausflug umfassend geschildert werden soll.

Nun ging es zu den Pferden, die ja besonders für die Kinder eine große Anziehungskraft haben. Zuerst vorsichtig, aber dann mit viel Spaß waren viele Kinder beim Ponyreiten, das nur ja nicht enden sollte. Nun stellte sich der Juniorchef mit seinem Trecker und Anhänger auch noch für mehrere Rundfahrten – an denen auch etliche Erwachsene großen Spaß hatten – zur Verfügung. Zwischendurch wurde die große Baumschaukel – nicht nur von den Kindern – genutzt und es wurden Blumen gepflückt. Schließlich wurde Kaffee und jede Menge Kuchen aufgetragen und auch diese Mengen wurden problemlos „verarbeitet“.

Als es gegen 16.00 Uhr so langsam wieder Richtung Bus ging, kamen viele der Flüchtlinge und deren Kinder zu uns und bedankten sich für



den schönen Tag.

Tatsächlich hat es kaum jemanden etwas ausgemacht, dass es zwischendurch auch geregnet hat. Alle

waren

sichtlich zufrieden und die Kinder – die übrigens größtenteils sehr gut deutsch sprachen – erzählten auch im Bus noch ganz aufgeregt von ihren Erlebnissen. Für uns resultiert daraus die Erkenntnis, dass wir die Flüchtlinge immer wieder aus ihrer Enge in den Wohnunterkünften herausholen müssen, auch um ihnen zu zeigen, dass sie uns in unserer Mitte willkommen sind. So wollen wir ihnen künftig auch in kleinen Gruppen Hamburg und Umgebung näher bringen und hoffen, es schließen sich noch mehr Menschen unseren Aktionen an.

Edgar Rehberg

Kabinettsbeschluss zur Regelung der Frackingverfahren

Nun liegt ein Kabinettsentwurf zur Regelung der Frackingverfahren auf dem Tisch. Endlich wird dieses brisante Thema entschlossen angepackt und für den Betreiber sehr restriktiv ge-regelt. Ohne diese Regelung, das sollte man wissen, ist das Fracking, sowohl das konventionelle, als auch das unkonventionelle Verfahren, grundsätzlich erlaubt. Der konventionelle Einsatz dieses Verfahrens erfolgt schon seit mehreren Jahrzehnten, vor allem in Niedersachsen, recht problemlos. Das unkonventionelle Verfahren, vom dem in den Diskussionen fast ausnahmslos die Rede ist, sieht als Hauptkritikpunkt das massive Einbringen von sog. Frack-Flüssigkeit vor. Diese besteht u.a. aus wassergefährdenden Chemikalien.

Hier nun setzt das Regelungspaket an und fordert die Wassergefährdung sicher zu vermeiden. Weiterhin würde unkonventionelles Fracking nur unterhalb einer Tiefe von 3000 m zulassungsfähig. Damit ist eine Grundwassergefährdung ausgeschlossen. Die einzelnen genannten Bohrverbotszonen, beziehen sich zu weiten Teilen auf wasserrechtliche Regelungen, die schon heute das Fracking dort stark einschränken. Neu einbezogen werden Naturschutzgebiete, Nationalparke und die Natura 2000-Gebiete. Auch die Entsorgung der zurückfließenden Frackflüssigkeit wird streng geregelt. Was mich am meisten überzeugt, ist die Umkehrung der Beweislast bei Bergschäden. Hier ist zu wünschen, dass auch die Umweltverträglichkeit in die Beweislastumkehr einbezogen wird.

Aber, allein diese Hürde erhöht das Betriebsrisiko beträchtlich, so dass der wirtschaftliche Erfolg für eine Firma, die vorgibt an diesem Verfahren interessiert zu sein, erheblich minimiert wird, wenn nicht sogar, nicht mehr vorhanden ist.

Wir brauchen aber Fracking auch nicht. Die von interessierten Kreisen angezettelte Diskussion darüber, sollte auch nur vom eigentlichen Ziel, nämlich der Energiewende, ablenken.

Wenn der Bundestag diesen Regelungen zustimmt, ist für mich das Thema Fracking endgültig erledigt.

Reinhard Utesch

Die Würde des Menschen

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist der fundamentale Satz, der gleich am Anfang des Grundgesetzes verlangt, dass Menschen, die unverschuldet in Not geraten sind, von der Gemeinschaft in einer Weise unterstützt werden, die dem genannten Grundsatz gerecht wird. Daraus ergeben sich natürlich die Fragen, wann muss diese Hilfe einsetzen und wie kann sich die Gemeinschaft vor Missbrauch schützen.

Daraus haben sich umfangreiche gesetzliche Regelungen ergeben, die



nur noch von wenigen Fachleuten verstanden werden. Meistens sind die Betroffenen am allerwenigsten in der Lage, diese juristischen Konstrukte zu durchschauen. Insbesondere ältere Menschen scheuen den Weg zum Grundsicherungsamt (Sozialamt), weil sie sich lieber zu-

rückziehen, als sich in der Öffentlichkeit als hilfsbedürftig darzustellen. Es ist aber nicht so, dass man dem hilflos ausgeliefert wäre. Es gibt für viele Bereiche im sozialen Gebiet ehrenamtliche Berater, die z.B. beim Thema Rente, Krankenversicherung usw. hilfreich zur Seite stehen. Leider ist es so, dass sie meistens nicht bekannt sind und für die Öffentlichkeit mehr im Verborgenen arbeiten. Wir haben uns deshalb entschlossen, all denen, die auf Hilfe angewiesen sind, bei der Suche nach einem geeigneten Berater behilflich zu sein. Rufen Sie uns an oder sprechen Sie uns direkt bei Veranstaltungen an. Wir würden uns freuen, wenn wir zum Gelingen des würdevollen Lebens möglichst vieler Menschen beitragen könnten.

Jochen Lützow

A 25 Lärmschutz über der Randersweide: Endlich mehr Ruhe ?

Etliche Nachfragen bei der zuständigen Behörde LSBG haben jetzt ergeben, dass der Auftrag zum Lärmschutz auf der Brücke nunmehr vergeben sei. Die beauftragte Firma plant den Baubeginn für Anfang August. Ende Oktober sollen die Baumaßnahmen abgeschlossen sein.

Wir hoffen, dass damit die Verzögerungen zur Durchführung der Lärmschutzmaßnahme damit beendet sind und wir schließlich eine Erleichterung spüren können.

Dagmar Strehlow (Bezirksabgeordnete)

Unsere Abgeordneten erreichen sie unter:



Alexander Mohrenberg
alexander.mohrenberg@spd-
fraktion-bergedorf.de



Dagmar Strehlow
dagmar.strehlow@spd-
fraktion-bergedorf.de



Uwe Bauer
uwe.bauer@spd-fraktion-
bergedorf.de

Falls eine elektronische Anfrage nicht möglich ist, bitten wir sie im Fraktionsbüro der SPD-Bergedorf anzurufen.

Unter der Nummer 040-7219197 meldet sich der Fraktionsgeschäftsführer Michael Schütze.

Herausgeber: SPD - Distrikt Nettelnburg-Wiesnerring

Verantwortlich: Uwe Bauer, Vorsitzender

Runder Tisch Nettelnburg

Die Neubauvorhaben "Glasbläserhöfe" und "Weidensteg" lassen ein höheres Verkehrsaufkommen auf dem Weidenbaumsweg, der Randersweide und damit verbunden in der Siedlung Nettelnburg erwarten. Ein verharmlosendes Gutachten des Bezirksamtes hat den Widerspruch der Bürger hervorgerufen. Um zu einer für alle tragbaren Lösung zu kommen, ist ein "Runder Tisch" eingerichtet worden.

Die erste Zusammenkunft des von allen Fraktionen der Bezirksversammlung beschlossenen „Runden Tisches“ fand in den Räumen am Kampdeich statt am 9. Juni 2015.

Es fanden sich dort unter Leitung des Fachamtes „Management des öffentlichen Raumes“ Abgeordnete der Fraktionen der Bezirksversammlung und der Bürgerinitiative „Nettelnburg Verkehrsberuhigt“ sowie 2 weitere Behördenvertreter ein. Für die SPD nahmen Nils Springborn (Verkehrspolitischer Sprecher des Ausschusses für Verkehr und Inneres) und Dagmar Strehlow als zuständige Abgeordnete aus Nettelnburg teil. Die Bürgerinitiative hatte Gelegenheit, ihre Ideen und Forderungen zum Thema Verkehrsberuhigung in Nettelnburg vorzutragen. Die Abgeordneten nutzten die Möglichkeit, die bisherige Entwicklung zu schildern, Statements abzugeben und das weitere Verfahren zu erläutern. Einigkeit erzielte der Vorschlag, dass die Ideen nunmehr in der Behörde geprüft würden, wobei folgende Institutionen einbezogen werden sollen: Behörde für Inneres, Polizei, HVV und die Fachleute des Bergedorfer Bezirksamtes.

Das braucht alles seine Zeit und der Runde Tisch wird bei Übereinstimmung aller Beteiligten erst wieder nach den Sommerferien zusammen treten. Mit neuer Sachkenntnis versehen werden die Teilnehmer erneut alle Vorschläge diskutieren. Weiter geht es dann in den Fraktionsberatungen, es folgen die Beratungen im Verkehrsausschuss und schließlich der Beschluss in der Bezirksversammlung.

Dagmar Strehlow

.Initiative für die weltweite Einführung der Erneuerbaren Energien

Lieber Sigmar,

Erneuerbare Energie ist die wesentliche Säule für die Energieversorgung der Zukunft. Diese dort zur Anwendung kommenden Techniken müssen weltweit zum Einsatz kommen, um den zukünftigen Energiehunger zu befriedigen. Wir, die Weltgemeinschaft, haben gar keine andere Wahl, denn die Vorräte der heutigen Energieträger sind endlich. Zum anderen ist es viel zu schade, diese Ressourcen nur thermisch zu verwerten. Nachfolgende Generationen werden mit diesen Materialien Besseres anfangen können. Weiterhin sind die Probleme hinreichend bekannt, die durch diese Art der Nutzung entstehen. Gerade in den Staaten der sog. Dritten Welt darf die Deckung des Energiebedarfs nicht über den Umweg Kohle-, Gas- oder gar Atomkraftwerke gehen, um dann über diesen veralteten und teuren Weg zu Techniken der Erneuerbaren Energien zu finden. Wir, die Erste Welt, haben die Verpflichtung der Dritten Welt diesen unsinnigen und schmerzlichen Irrweg zu ersparen. D.h., wir müssen weltweit dafür Sorge tragen, dass die Nutzung der Erneuerbaren Energien, an erster Stelle steht, wenn es um die Frage geht: "Wie löse ich mein Energieproblem?"

Diese Grundüberlegung bringt mich auf die Idee, an renommierter Stelle für eine dieser Techniken zu werben.

Es geht um einen Photovoltaikanlage, die auf dem Dach des UN-Verwaltungsgebäudes in New York, weithin sichtbar, aufgeständert installiert wird, um damit der Welt zu zeigen, dass selbst die Vereinten Nationen diese Technik für sich entdeckt haben. (Auch eine an der Südwand des Gebäudes installierte Anlage wäre denkbar, nur ergeben sich dort eher die Probleme der Verschattung.) Die Anlage wird einen Teil des Energiebedarfes der UN Verwaltung in New York decken. Eine weithin sichtbare Anzeige klärt über die aktuelle Erzeugung und den Nutzungsgrad durch das Gebäude auf.

Da Politik sehr oft von Symbolen und Zeichen lebt, ist das Wichtigsten das Signal, welches von dieser Anlage in die Welt gesendet wird:

„So geht`s, so wird es gemacht“.

Reinhard Utesch